

Was tun, wenn Menschen Opfer rechter Gewalt werden oder rechtsextreme Demonstrationen geplant sind?

Die Enthüllungen über rechtsextremistische Gewalttaten und Morde haben Deutschland erschüttert und gezeigt, wie leicht Migrantinnen und Migranten, in ein negatives Licht gerückt werden.

Die Opfer wurden durch Begriffe wie „Dönermorde“ und „Kommission Bosphorus“ von Medien und Polizei diffamiert, obwohl es keinerlei Indiz dafür gab, dass sie mit den Machenschaften organisierter Kriminalität zu tun hatten. Die Angehörigen blieben in ihrer Trauer allein und mussten sich noch verhöhrende Fragen gefallen lassen. Gleichzeitig ignorierten die Polizeiorgane alle Hinweise auf die Täter und versäumten jahrelang, ihnen auf die Spur zu kommen. So konnten die Neonazis unbehelligt ihre Blutspur durch das Land ziehen.

Während die Neonazis über ein Jahrzehnt unbemerkt die Morde planten und kaltblütig ausführten, wurden sie von geistigen Brandstiftern unterstützt. Diese sind es, die bei jeder Gelegenheit Stimmung gegen Migrantinnen und Migranten machen. Dass die Neonazis sich als Vollstrecker des „Volkswillens“ betrachteten, ist aus dieser Perspektive einleuchtend.

Gleichzeitig haben staatliche Organe, die auch für den Schutz der Migrantinnen und Migranten verantwortlich sind, die Neonazis unterstützt und waren selbst in deren Umtriebe verstrickt. Viele Migrantinnen und Migranten haben dadurch ihr Vertrauen in den Staat verloren und sind der Ansicht, dass er „auf dem rechten Auge blind“ ist.

„Der Rechtsextremismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft“ ist die Quintessenz mehrerer Studien, die belegen, dass alltägliche und latente Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung zunehmend Nährboden und Verbreitung finden. Daher darf das Thema nicht in Vergessenheit geraten. Das rechtsextreme Gedankengut muss nicht nur am „Rande“, sondern auch in der „Mitte“ der Gesellschaft bekämpft werden.

Für die Kommunen heißt das: Offensiv den Kampagnen der extremen Rechten entgegentreten. Zur vorbeugenden Unterbindung rechtsextremer Ideologien sollen Aufklärung und pädagogische Maßnahmen gegen Kampagnen von Rechtsaußen eingesetzt werden. Nun kommt es darauf an, mit konkreten Maßnahmen das verlorengegangene Vertrauen der Migrantinnen und Migranten zurück zu gewinnen.

Der Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen unterstützt mit der Handlungsempfehlung „Was tun, wenn Menschen Opfer rechter Gewalt werden oder rechtsextreme Demonstrationen geplant sind?“ die Arbeit der Integrationsräte/Integrationsausschüsse vor Ort gegen den Rechtsextremismus.

Es ist wichtig, das Thema in der Kommune zu behandeln, unabhängig davon, ob Rechtsextreme in der Kommune aktiv sind. Stärkt doch jede Präventivarbeit die Demokratie in unserer Gesellschaft und verhindert damit die Verbreitung vom Rechtsextremismus.

Handlungsempfehlungen für Integrationsräte/Integrationsausschüsse

1. Eine Pressemitteilung herausgeben und klare Position gegen Rechts beziehen.
2. Die Opfer und deren Angehörige besuchen und Hilfe anbieten.

3. Eine Sondersitzung des Integrationsrates/Integrationsausschusses einberufen, eine Resolution gegen Rechts verabschieden und anschließend zu einer Pressekonferenz einladen (Zur Sondersitzung sollte ein Experte eingeladen werden. Der Landesintegrationsrat hilft bei der Referentensuche).
4. Die Migrantenorganisationen werden gezielt angesprochen und einbezogen.
5. Den Rat auffordern, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus mit der gleichen Resolution des Integrationsrates zu verurteilen.
6. In der Resolution wird die Verwaltung bzw. der Rat aufgefordert, jährlich einen Bericht über die Aktivitäten der Rechten in der Kommune vorzulegen und Maßnahmen gegen die rechte Gefahr zu entwickeln.
7. Die Vertreter der Stadt (Bürgermeister, Dezernenten, Ratsvertreter, Amtsleiter etc.) auffordern, bei jedem offiziellen Auftritt im Namen der Stadt die rechte Gesinnung zu verurteilen (dies kann als eine besondere Aktion und in einem bestimmten Zeitraum geplant und durchgeführt werden).
8. Der Integrationsrat fordert den Rat auf, bei Bedarf den Opfern konkrete Hilfe anzubieten.
9. Eine Demonstration bzw. Kundgebung organisieren bzw. sich daran beteiligen, wenn solche geplant sind.
10. Die Einrichtung einer Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus und -populismus in der Kommune fordern (Beratungsnetzwerk NRW gegen Rechtsextremismus einbeziehen).
11. Alle Bewohner der Stadt auffordern, rechtsextreme Gewalttaten oder ähnliche Straftaten anzumelden und anzuzeigen.
12. Die Schulen auffordern, das Thema aus aktuellem Anlass im Unterricht zu behandeln. (Unterrichtsmaterialien über LZPB beziehbar).
13. Eine lokale Kampagne gegen Rechts starten (Bsp. „Eschweiler hat keinen Platz für Rassismus“).
14. Logo gegen Rechts entwickeln (lassen) und in Form von Plakaten, Sticker, Aufkleber, Bierdeckel, Streichholzer, Kugelschreiber, T-Shirt, Einkaufstasche etc. möglichst flächendeckend in der Stadt verteilen (Bsp. „Kein Ort für Neonazis“), so dass überall zu sehen ist, dass rechte Gesinnung keinen Platz in der Kommune hat.
15. Das Logo gegen Rechts wird auf der ersten Seite des Internetauftritts platziert.
16. Der gesamte Briefverkehr der Kommune wird mit dem Logo gegen Rechts versehen.
17. Alle ÖPNV und andere Autos der Stadt (Stadtwerke, Müllwagen) werden mit dem Logo versehen.
18. Alle Menschen, die die Kommune Anrufen, hören als erstes einen bestimmten Ansage wie
z. B. „In XXXX wird die rechte Gesinnung geächtet“.
19. Die lokalen Medien auffordern, Initiativen gegen Rechts zu unterstützen und das Thema (regelmäßig) in einer Sonderseite zu behandeln.
20. Prominente Personen der Kommune sollen aufgefordert werden, öffentlich gegen Rechts Position zu beziehen.
21. Alle Kinos auffordern, vor dem Beginn des Films, nach dem Werbeblock, den Kurzfilm „Handicap“ (www.gesichtzeigen.de) zu zeigen.
22. An die Opfer der Nazis während des Dritten Reichs erinnern und die Geschichte dieser Menschen in der Stadt sichtbar machen.